

Drei Jahre Irak-Krieg – drei Jahre Bruch des Völkerrechts und des Grundgesetzes! Wann macht die Bundesregierung endlich dem verfassungswidrigen Treiben der US-Streitkräfte auf deutschem Boden ein Ende?

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 031/06 – 19.03.08**

Täglich transportieren US-Flugzeuge Soldaten, Waffen und Munition über die US-Air Base Ramstein in den Irak!

Wann endlich wird diese bis heute andauernde deutsche Unterstützung eines verfassungswidrigen Angriffskrieges beendet?

Am 20. März 2003 begann mit der Bombardierung Bagdads der völkerrechtswidrige Krieg gegen den Irak. Nach Angaben der US-amerikanischen Internetzeitung INFORMATION CLEARING HOUSE (www.informationclearinghouse.info) haben in diesem Krieg bisher neben 2.317 US-Soldaten auch etwa 250.000 irakische Zivilisten ihr Leben verloren.

Für diesen Krieg haben die USA nach der gleichen Quelle bisher knapp 250 Milliarden Dollar ausgegeben. Mit dieser Riesensumme hätte man 10 Jahre lang alle Hungernden der Welt speisen oder 82 Jahre lang alle Kleinkinder auf der Erde gegen lebensbedrohliche Krankheiten schützen können. Mit der gleichen Summe, die für die fortschreitende Zerstörung des Iraks buchstäblich verpulvert wurde, hätten auch die Not der 30 Millionen in Armut lebenden US-Amerikaner gelindert, alle Überschwemmungsschäden der Katrina-Katastrophe beseitigt und die Sozialausgaben der USA auf Jahrzehnte gesichert werden können.

Die Bush-Administration hat nicht nur den Massenmord an irakischen Kindern, Frauen und alten Männern zu verantworten. Weil die hochverschuldeten USA diesen Angriffskrieg eigentlich mit dem Geld ausländischer Investoren führen, das deshalb nicht in zivile Projekte fließen kann, begehen sie gleichzeitig ein Kapitalverbrechen an der gesamten Menschheit.

Die Bundesrepublik Deutschland ist vom ersten Kriegstag bis heute schuldhaft in dieses Kapitalverbrechen der US-Regierung verstrickt. Von der bundesdeutschen Öffentlichkeit wurden bisher nur die CIA-Entführungsflüge über deutsche Flughäfen, die Verschleppung deutscher Staatsbürger in ausländische Foltergefängnisse und die zwielichtige Tätigkeit deutscher BND-Agenten im bombardierten Bagdad wahrgenommen. Ohne jeden Zweifel handelt es sich in allen genannten Fällen um schwere Verstöße gegen das Völkerrecht, unsere Souveränität oder deutsche Gesetze. Alle diese bisher vertuschten Vorkommnisse müssen zu Recht von einem Untersuchungsausschuss des deutschen Bundestages aufgeklärt werden, damit die Schuldigen angeklagt und bestraft werden können.

Aber die entscheidende Beihilfe zu dem verbrecherischen Angriffskrieg der US-Regierung haben die alte und die neue Bundesregierung selbst geleistet. Obwohl beide deutsche Regierungen von Anfang an ihre Teilhabe an dem US-Kriegsverbrechen offen eingestanden haben, wurde ihr schuldhaftes Verhalten bisher von der Legislative oder von den Strafverfolgungsbehörden weder gerügt, noch zur Anzeige gebracht oder gar abgestellt.

Bundeskanzler Schröder hat am 03.04.03 – der Irak-Krieg war damals immerhin schon vierzehn Tage im Gange – vor dem deutschen Bundestag erklärt, deutsche Soldaten beteiligten sich nicht an Kampfhandlungen. Dass sich die meisten Deutschen damit erfreut zufrieden gaben und ihren „Friedenskanzler“ deshalb kurze Zeit später voll Dankbarkeit wiederwählten, ist verständlich.

Aber wenigstens einige der vielen Volljuristen in den verschiedenen Fraktionen des Bun-

destages hätten doch Widerspruch einlegen müssen, als Schröder nach der Bemerkung, wegen der „Bündnisverpflichtungen“ habe man aber andere Zusagen gemacht, folgende völkerrechts- und verfassungswidrigen Beschlüsse der Bundesregierung mitteilte: „Wir haben in der Folge dieser Entscheidung den USA und der Koalition Überflugrechte sowie Start- und Landrechte gewährt. Wir haben den Schutz von Militärobjekten in Deutschland übernommen. Wir haben die logistischen Basen weiterhin bereitgestellt. Selbstverständlich haben wir auch die Zusammenarbeit unserer Dienste nicht suspendiert.“

Als offiziell nicht am Irak-Krieg beteiligtes, also neutrales Land hätte die Bundesrepublik diese Zugeständnisse nie machen dürfen, und spätestens nach dem „Geständnis“ Schröders hätte der Bundestag sie per Beschluss aufheben oder wenigsten ein Abgeordneter Schröders Team wegen seines verfassungswidrigen Handelns – durch Unterstützung der Vorbereitung eines Angriffskrieges, die laut Art. 26 GG verboten ist – beim Bundesverfassungsgericht verklagen müssen.

Schon die Behauptung, deutsche Soldaten seien an Kampfhandlungen nicht beteiligt, war und ist falsch. Deutsche Soldaten sitzen bis heute in den AWACS-Überwachungsflugzeugen, die vom türkischen Luftraum aus den Flugverkehr der immer noch Luftangriffe ausführenden Kampfflugzeuge koordinieren helfen. Sie saßen in den ABC-Spürpanzern, die zu Beginn des Krieges Einschläge irakischer Raketen in Kuwait auf Spuren atomarer, biologischer oder chemischer Kampfstoffe untersuchten. Deutsche Soldaten halten bis heute auf deutschen Schiffen am Horn von Afrika den schwimmenden US-amerikanischen Kampfverbänden den Rücken frei oder nehmen beim Bewachen der US-Basen in unserem Land die Plätze von US-Soldaten ein, die deshalb im Irak-Krieg eingesetzt werden können.

Dass Schröder schon damals die weitere „Zusammenarbeit der Dienste“, also aller Geheimdienste der USA und der Bundesrepublik offen zugab, ging in der hektischen Diskussion um das seltsame Treiben der BND-Leute in Bagdad völlig unter.

Die wichtigste deutsche Unterstützung der US-Kampfhandlungen im Irak besteht aber bis heute darin, dass die US-Streitkräfte von ihren Basen in Deutschland aus

- ungehindert und unkontrolliert,
- zu Lande, zu Wasser und in der Luft,
- unter ständiger tätiger Mithilfe deutscher Zivil- und Militärbehörden
- Tag und Nacht rund um die Uhr

ihren Kriegsschauplatz Irak mit Truppen und Nachschub jeder Art – angefangen bei der Verpflegung, über Fahrzeuge und Waffen bis zu Bomben, Granaten und anderer Munition – versorgen können. Vom Einsatz zurückkehrende Kampfverbände können in der Bundesrepublik regenerieren, für ihren nächsten Kampfeinsatz trainieren, ihre Verwundeten versorgen und ihre Waffen überholen lassen.

Die Bundesrepublik ist bis heute logistische Basis und Etappe für die kampfstärksten Einheiten der US-Army und der US-Air Force und Hauptdrehzscheibe für den Transport von Truppen und Kriegsmaterial. Die US-Hauptquartiere in Stuttgart, Heidelberg und Ramstein planen bis heute alle Kampfeinsätze und ordnen die Luftschläge an. (Einzelheiten sind in den LP 015/05, 026/05 und 040/05 nachzulesen.)

Wenn Deutschland wie die Türkei die Nutzung des eigenen Territoriums als Aufmarschgebiet untersagt oder wie Österreich den Luftraum für militärische Flüge gesperrt hätte, wäre das US-Militär nicht in der Lage gewesen, den Irak-Krieg so schnell zu beginnen und so unvermindert grausam bis heute weiter zu führen.

Die Schröder/Fischer-Regierung war von Anfang an mitschuldig an den verheerenden Folgen der rücksichtslosen US-Kriegsführung im Irak. Außenminister Steinmeier hat am

20.01.06 im Bundestag bekräftigt, dass die Merkel/Müntefering-Regierung den bisherigen kriegsunterstützenden Kurs unverändert fortzusetzen gedenkt.

Wann beschäftigt sich der Bundestag endlich einmal mit den offen eingestandenen Kriegsunterstützungsleistungen der vorherigen und der jetzigen Bundesregierung? Die Rechtswidrigkeit ihrer Politik wurde durch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes BVwVG 2 WD 12.04 vom 21.06.05 längst festgestellt (s. LP 033/05 und 034/05). Die Begründung des Gerichtes ist logisch und auch von juristischen Laien leicht nachzuvollziehen: Angriffskriege sind laut UN-Charta völkerrechtswidrig. Die NATO wurde als reines Verteidigungsbündnis gegründet, deshalb können aus einem Angriffskrieg des Bündnispartners USA, der zudem außerhalb des Bündnisgebietes geführt wird, keinerlei wie immer geartete Bündnisverpflichtungen und daraus abgeleitete Unterstützungsleistungen erwachsen. Auch Unterstützungsleistungen für einen Angriffskrieg sind völkerrechts- und grundgesetzwidrig und deshalb sofort zu stoppen.

Drei Jahre Bombardieren, Morden und Foltern im Irak sind genug. Es wird höchste Zeit, dass ein eindeutiger Beschluss des Bundestages die Bundesregierung endlich zwingt, das völkerrechts- und grundgesetzwidrige Treiben der US-Streitkräfte auf deutschem Boden sofort zu beenden. Wenn sich dafür keine Mehrheit findet, kann eine Fraktion eine solche Entscheidung auch durch eine Organklage beim Bundesverfassungsgericht herbeiführen. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass das höchste Gericht in seiner Entscheidung einfach die oben zitierte Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes außer Acht lässt.

Die Menschen im Irak dürfen nicht länger von deutschem Boden aus mit Krieg überzogen werden. Die Menschen in der Westpfalz und im Saarland haben dann auch nicht mehr unter dem ständigen Fluglärmterror von US-Flugzeugen aus Ramstein oder Spangdahlem zu leiden, die Luftschläge gegen andere Länder üben oder Kriegsschauplätze mit Nachschub versorgen.

Wir appellieren an alle Politiker: Stoppt alle laufenden und geplanten US-Angriffshandlungen von deutschem Boden aus. Helft mit, alle laufenden Angriffskriege zu beenden und neue, noch katastrophalere zu verhindern!

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern